



Die Burgruine Blumenegg soll erhalten bleiben. FOTO: ZER

Vereinsinitiative für den Erhalt der Ruine Blumenegg

THÜRINGERBERG. Der Verein „Burgfreunde“ hat sich zum Ziel gesetzt, die Ruine Blumenegg im Gemeindegebiet Thüringerberg vor dem Verfall zu retten. Nach der ersten Sanierungsetappe im Vorjahr sollen heuer weitere Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden. Dabei zählt man auf die finanzielle Unterstützung durch Land, Denkmalmamt und Gemeinden.

2

Millionen Euro an Gesamteinnahmen und -ausgaben umfasst der Budgetrahmen der Klostertalgemeinde Innerbraz für das Haushaltsjahr 2011. Der Voranschlag mit Feststellung der Finanzkraft der Kleingemeinde bei 791.000 Euro wurde von der Gemeindevertretung einstimmig beschlossen. Der Investitionsschwerpunkt liegt auf dem Bereich der örtlichen Wasserversorgung.



Die Turbine (im Bild) und der Generator fürs Kleinwasserkraftwerk Brunnenfeld wurden in den vergangenen Wochen eingebaut. FOTO: VIW

Kraftwerksbau „Brunnenfeld“ abgeschlossen

BLUDENZ. Die Errichtung des neuen Kleinwasserkraftwerks „Brunnenfeld“ bei der A-14-Abfahrt Bludenz/Montafon ist abgeschlossen. 2,5 Millionen Euro haben die Illwerke vkw in die 300-KW-Anlage investiert, mit der hinkünftig eine Jahresstromerzeugung von 1,8 Millionen Kilowattstunden erzielt wird. Das Kleinwasserkraftwerk geht demnächst in Betrieb.

Leihgabe zurück ins Sozialzentrum

LUDESCH. Zum 20-Jahr-Jubiläum Krankenpflegeverein und zehn Jahre Integrierte Altenpflege in Ludesch im Jahr 2004 bekam Soziallandesrätin Greti Schmid ein Gemälde des in Ludesch tätigen Künstlers Klaus Eckert als Leihgabe, „... bis zur Fertigstellung des neuen IAP-Sozialzentrums an der Lutz“ hieß es damals. Nunmehr hielt die Landesrätin Wort und gab das Bild, das seither in ihrem Landhaus-Büro gehangen war, an IAP-Geschäftsführer Dieter Jenny, Bürgermeister Dieter Lauer, Pflegeleiterin Angelika Schanung und OMR Dr. Klaus Zitt mit der Auflage zurück, dem Bild einen entsprechenden Ehrenplatz im neuen Sozialzentrum zuzuweisen.



LR Greti Schmid brachte Klaus Eckert-Bild zurück. FOTO: AMP

Gaschurn geht Bauhofprojekt an

GASCHURN. Die Gemeinde Gaschurn will einen neuen Bauhof samt Altstoffsammelcenter bauen. Der Planungswettbewerb für das kommunale Dienstleistungszentrum läuft. Die erforderlichen Investitionen für das Neubauwerk liegen bei rund 1,5 Millionen Euro.

Auszeichnung für Gebhard Welte

ST. GEROLD. Für 40-jährige Vereinstreue beim Musikverein St. Gerold im Großen Walsertal wurde jetzt Gebhard Welte vom Vorarlberger Blasmusikverband die Verdienstmedaille in Gold verliehen. Von 468 Vollproben in den vergangenen zehn Jahren hat der Jubilar lediglich 14 ausgelassen.



Gebhard Welte vom MV St. Gerold wurde ausgezeichnet. FOTO: AMP

➔ **VN INTERVIEW.** Ex-Finanzminister und -Vizekanzler Hannes Androsch über die Probleme der Politik und sein Bildungsvolksbegehren

„Wir brauchen Mutbürger“

Hannes Androsch im VN-Interview: „Die Regierungen sind Spiegelbild des Wahlvolkes.“

Wie beurteilen Sie die Performance der Bundesregierung?
HANNES ANDROSCH: Wir haben in den meisten europäischen Staaten das Problem, dass bei der Bevölkerung ein tiefes Unbehagen besteht. Die Problemstellungen sind sehr groß, die Menschen suchen Perspektiven und Orientierung und wissen, dass sich vieles ändern müsste, aber gleichzeitig wohl auch alles gleich bleibt. Die Regierungen sind – und das gilt für unsere natürlich auch – ein Spiegelbild des Wahlvolkes. Also, nur zu klagen und zu kritisieren, aber in Wahrheit zum Teil selbst die Ursache dafür zu sein, das ist zu wenig. Statt Angst- und Lethargiebürger brauchen wir Engagement- und Mutbürger.

... brauchen wir auch neue Köpfe in der Politik?

ANDROSCH: Das braucht man immer wieder. Aber wenn ich mir die letzten zehn Jahre anschau, hatten wir vielleicht zu viele neue Köpfe. Aber nicht unbedingt immer die richtigen – wie die Affären hintennach mehr als deutlich machen.

„Reformstau“ in Österreich: Was bedeutet das aus der Sicht eines Unternehmers?



Hannes Androsch: „Wir leben von der Vergangenheit, verbrauchen aber die Zukunft – die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder.“ VN/STEUER

ANDROSCH: Das betrifft nicht nur Unternehmer, das betrifft alle. Wir haben die letzten 20 Jahre so rasche, dramatische und tiefgreifende Veränderungen erlebt, dass wir nicht nachkommen, uns den neuen Gegebenheiten anzupassen. Das heißt, wir hinken in vielen Bereichen hoffnungslos in den Entwicklungen nach. Da entsteht eine gefährliche Diskrepanz. Wir leben von der Vergangenheit, verbrauchen aber die Zukunft – die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Und das ist wenig verantwortungsvoll und für die künftige Entwicklung höchst gefährlich.

Sie haben das Bildungsvolksbegehren initiiert. Wie stehen die Vorbereitungen?

ANDROSCH: Die laufen. Wir sind jetzt im zweiten von vier

Monaten, in denen wir die Unterstützungserklärungen einsammeln. Für die Bürger ist das Begehren eine Gelegenheit, nicht nur zu jammern und kritisieren, sondern auch einen staatsbürgerlichen Beitrag zu leisten.

SPÖ und ÖVP bekennen sich zum Ausbau der Neuen Mittelschule, einem neuen Lehrerdienst- und besoldungsrecht sowie zur Notwendigkeit einer neuen Lehrerausbildung. Ist das das Volksbegehren überhaupt noch notwendig?

ANDROSCH: Die Absichtserklärungen sind ja durchaus zu begrüßen. Aber wenn diese nicht durch Taten ausgefüllt werden, dann bleiben sie leere Formeln. Wenn man nur die Etiketten wechselt, die Inhalte aber nicht verändert, dann ist es nichts anderes, als

Sand in die Augen zu streuen. Das beginnt schon damit, dass wir die Schulen umbauen werden müssen, wenn sie den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entsprechen sollen. Denn die gesellschaftliche Wirklichkeit erfordert Ganztagschulen. Und wir brauchen auch entsprechend ausgebildete Lehrer, die, so wie jeder andere auch, einen Vollzeitberuf in der Schule ausüben. Auch die Ferien sind viel zu lange. Wenn wir von 34 Ländern das vierschlechteste Ergebnis zustandebringen, dann müsste das alle Alarmglocken zum Schrillen bringen.

Und wie ist es um das österreichische Pensionssystem bestellt?

ANDROSCH: Hier drohen wir, kollektiven Selbstmord zu begehen. Wir haben die Pensionsaufwendungen in irrwitziger Weise vergrößert, wir sind das Pensionisten-Eldorado mit Früh- und Scheininvaliditätspensionierungen und mit dem noch größeren Irrwitz der Hacklerregelung. Das heißt, wir verbrauchen in der Gegenwart die Mittel, die wir zur Aussaat für künftige Ernten brauchen. Das Geld fehlt dann in der Bildung und Forschung. Daher verlieren wir an Wettbewerbsfähigkeit und fallen zurück. Die OECD hat uns das schon 2009 ins Stammbuch geschrieben.

Im Übrigen ist auch nicht zu erklären, wieso wir 300.000 Sockelarbeitslosigkeit, aber 450.000 Ausländer offiziell beschäftigt haben.

Zwischen Bund und Ländern sind zunehmende Spannungen spürbar. Ist der föderalistische Geist Ihrer Ära verloren gegangen?

ANDROSCH: Österreich hat eine Föderalstruktur, aber die ist aus den Schienen gelaufen. Ich habe ja großes Verständnis für die Identität der einzelnen Bundesländer. Aber dass sich die Bundesländer quasi eine Bundesregierung leisten, das ist einfach unbefriedigend. Welche Funktion haben die Landtage? Man muss ja nur ihre Tagesordnungen ansehen. Da sie nichts zu beschließen haben, stellen sie Anfragen oder fassen Entschlüsse – nur um sich zu legitimieren.

Ist die Wirtschaftskrise überwunden?

ANDROSCH: Fürs Erste haben wir uns rascher erholt, als man 2009 erhoffen durfte. Was die Krise aber deutlich gemacht hat, ist, dass wir seit Längerem eine Krise der Staatsfinanzen und riesige ungelöste Bankenprobleme in Europa haben. Dazu kommen die immer lauter tickende demografische Zeitbombe oder der Klimawandel. Darauf müssen wir uns einstellen. **VN-EE, GER**

Prüfer fanden „keine gravierenden Schwächen“

Landesrechnungshof prüfte interne Revision bei Hypo, Illwerke vkw und Krankenhausbetriebsgesellschaft.

BREGENZ. Landesrechnungshof-Direktor Herbert Schmalhardt nahm die interne Revision in den Beteiligungsunternehmen des Landes unter die Lupe – und präsentierte gestern den entsprechenden Prüfbericht. Das Fazit nahm Schmalhardt gleich eingangs vorweg: „Es gibt keine gravierenden Schwächen, aber in Details unterschiedlichen Verbesserungsbedarf.“

Drei Unternehmen geprüft

Entsprechend der Größe eines Unternehmens sind Kapitalgesellschaften gesetzlich verpflichtet, eine interne Revision einzurichten – im Idealfall als Stabsstelle beim Vorstand. Das Land Vorarlberg hat insgesamt 16 Beteiligungsunternehmen im Mehrheitseigentum. Von diesen erfüllen aber nur die



Landesrechnungshofdirektor Herbert Schmalhardt. FOTO: VN

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank, die Krankenhausbetriebsgesellschaft und die Illwerke-Vkw-Gruppe die Kriterien einer großen Kapitalgesellschaft. Also prüfte der Landesrechnungshof die interne Revision in den besagten drei Unternehmen.

1 Hypo: Der internen Revision der Hypo bescheinigt der Landesrechnungshof eine „hohe Wirkung“. Sie agiere auf Basis eines risikoorientierten Prüfungsansatzes: „Planung und

Durchführung erfolgen nach banküblichen Standards auf hohem Niveau.“ Auch dank einer engen Zusammenarbeit mit dem Vorstand erziele die interne Revision der Hypo die eingangs erwähnte hohe Wirkung. Ein Kritikpunkt aber findet sich: „Der Prüfungsausschuss kann die Wirkung des internen Revisionssystems nur teilweise beurteilen, da ihm kein Revisionsplan vorgelegt wird und die Berichte keine konkreten Revisienergebnisse enthalten.“

2 Illwerke vkw: Auch hier ist Schmalhardt zufrieden. Die interne Revision berichtet direkt an den Konzernvorstand. „Die personelle Besetzung und die organisatorische Einbindung“, urteilt Schmalhardt, „ermöglichen eine umfassende Kontroll- und Überwachungstätigkeit.“ Durch eine enge Anbindung an den Konzernvorstand und die konsequente Maßnahmen evidenz erzielt die Konzernrevision einen hohen

Wirkungsgrad. Zudem wird der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats jährlich über Planung und Ergebnisse der Revision informiert – und überwacht damit die Wirkung der internen Revision im Konzern.

3 Krankenhausbetriebsgesellschaft: Hier übt Schmalhardt Kritik. Die interne Revision ist bei der Krankenhausbetriebsgesellschaft dem Personalbereich zugeordnet. „Die Ressourcenausstattung“, kritisiert der Landesrechnungshofdirektor, „erlaubt es nur bedingt, eine wirksame Überwachungsfunktion auszuüben.“ Schmalhardt empfiehlt der Gesellschaft deswegen eine Aufstockung der internen Revision und deren direkte Unterstellung bei einem der Geschäftsführer. Seine Empfehlungen: Unter anderem sollen die Prüfberichte künftig Maßnahmen mit Terminen und Verantwortlichkeiten erhalten. Auch soll die Geschäftsführung die Kom-

petenzen der internen Revision erweitern und die Verbindlichkeit damit erhöhen.

Schmalhardt heute gewählt

Im Landtag wird Herbert Schmalhardt heute in seiner Funktion als Direktor des Landesrechnungshofs für weitere sechs Jahre bestätigt. Die Klubchefs der Landtagsparteien hatten sich vergangene Woche festgelegt. Schmalhardt ist bereits seit 1999 Direktor. Bei seiner Wiederwahl 2005 hatte Schmalhardt die Stimmen aller Abgeordneten bekommen. **VN-AD**

➔ **STICHWORT**

Aufgaben einer internen Revision
Entsprechend den geltenden Standards des „Instituts für Interne Revision Österreich“ erbringt die interne Revision unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsleistungen, die darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern.

➔ **mehrwissen.vol.at**

Interne Revision in Beteiligungsunternehmen des Landes. Prüfbericht des Landesrechnungshofs.